

# Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wily. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 8 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme am Drahttag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Gesamtpartei Nebra — Bankverein Arten.

Nr. 91

Sonnabend, den 1. August 1931.

44. Jahrgang

## Die Abreise MacDonaldis.

Er verließ im Flugzeug Berlin.

Berlin, 30. Juli  
Der englische Ministerpräsident MacDonald trat vom Flughafen Tempelhof Feld den Rückflug nach London an. Der Flughafen hatte großen Fliegenochter angelockt. Reichsminister Brüning, Reichsaussenminister Curtius, Staatssekretär von Bülow und Oberregierungsrat Pland waren bereits kurz nach 9½ Uhr auf dem Flughafen eingetroffen, wo die drei englischen Ministerflüge unmittelbar vor dem Flughafenfeld nebeneinander aufgestellt waren. Um 9½ Uhr erschien der englische Botschafter Sir Horace Kumbold mit dem Botschaftsrat Newton. MacDonald selbst erschien in Begleitung von Graf Zietenbach und Ministerialdirektor Diehoff gegen 9.40 Uhr. Er wurde von dem Reichsaussenminister herzlich begrüßt.

Nach der Begrüßung durch die deutschen Minister und den Kommandanten des englischen Fliegergeschwaders unterhielt sich MacDonald noch mehrere Minuten mit den zur Verabschiedung erschienenen Herren. Dann verabschiedete er seinen Hut mit einer Fliegerkappe, legte den Fallschirm an, nahm von jedem einzelnen Herrn im Sändernd Abschied und befiel das von dem Kommandanten des Fliegergeschwaders ausgehende Flugzeug, das um 9.58 Uhr unter dem Hubschweren der Zurückbleibenden und Schreien des Publikums startete. Die beiden anderen Flüge folgten in kurzen Abständen. In Hannover wurde zu Landzwecken eine Zwischenlandung fikt.

## Deutschland verlangt Gleichberechtigung.

Zu den deutsch-englischen Besprechungen, die am Dienstagabend in einer gesellschaftlichen Veranstaltung in der englischen Botschaft ihren Abschluß fanden, vertrat von unrichtiger Seite nach, daß die Ausprägung sich schon zum wesentlichen Teil auf die Fragen der bevorstehenden Abrüstungskonferenz bezogen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage angeschnitten worden, ob Deutschland den bisher als indiskret abgeleiteten Genfer Konventionstext als Verhandlungsgrundlage für die Abrüstungskonferenz anerkennen könne.

Die Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß der Grundgedanke der völligen Gleichberechtigung auch auf dem Gebiete der Abrüstungen zur Anwendung gelangen müsse.

Der Genfer Konventionstextwurf ist aber fernerzeit von dem deutschen Abrüstungsdelegierten, Grafen Bernstorff, gerade deswegen abgelehnt worden, weil er nach deutscher Auffassung gegen den Grundgedanke der Gleichberechtigung in entscheidenden Bestimmungen verstößt. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Haltung der Reichsregierung in dieser Frage sich irgendwie geändert hat.

Der „Daily Mail“ zufolge erörterte MacDonald in Berlin eingehend einen Plan zur schrittweisen Zollherabsetzung in Europa, Rationalisierung der Produktion und Verteilung der Rohstoffe sowie eine neue Handelsvertragspolitik.

## Sorgen der nächsten Tage.

Die Raufe, die in den diplomatischen Besuchen eingetreten ist, wird von der Reichsregierung dazu benutzt, mit aller Kraft die wirtschaftspolitischen Beratungen weiterzuführen. Der sogenannte Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts ist in demnächstigen Tagen, um die Beratungen vorzubereiten, nach denen auf Grund der Ergebnisse der internationalen Besprechungen die Reichsregierung darangehen wird, die eigenen Kräfte Deutschlands mit äußerster Entschiedenheit zu mobilisieren.

Es handelt sich zunächst um die finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen für die nächsten Wochen, vor allem um die volle Inangabelegung des Zahlungswertes. Damit die Banken dazu in die Lage kommen, ist der Abschluß des Stillhalte-Konjunktions für die ausländischen Kredite Vorbereitung, und man rechnet damit, daß die Verhandlungen über dieses Stillhalte-Konjunktions in der nächsten Woche zu einem Ergebnis führen.

Neben diesen finanziellen Fragen gelten die Beratungen der Schaffung eines großzügigen Wirtschaftsplanes für die gesamte deutsche Wirtschaft unter Berücksichtigung der Erkenntnis, daß neue ausländische Kredite für absehbare Zeit nicht zu erwarten sein dürften, daß man also mit den vorhandenen Mitteln auskommen und sich bemühen muß, den Devisenbestand zu stärken.

Die Anzuehung, einen besonderen Wirtschaftskommission zu bestellen wird wieder lebhafter erörtert, wobei sich allerdings auch sofort neue Schwierigkeiten für die Zusammenfassung der geeigneten Persönlichkeiten nicht nur nach der personellen, sondern meiste noch nach der wirtschaftlichen Seite zeigen.

## Telegramm MacDonaldis an Brüning.

London, 30. Juli.

Der britische Ministerpräsident MacDonald ist von Berlin kommend auf dem Flughafen Hendon bei London gelandet. Bei seiner Ankunft in London von Journalisten befragt, erklärte sich MacDonald von den Besprechungen mit den deutschen Staatsmännern sehr befriedigt. Die Zusammenkunft habe den schönsten Erfolg gezeigt. Es sei über alles gesprochen worden, Frieden, Wirtschaft, Abrüstung und alle Fragen, die sich darauf bezögen. Mehrere

Clappen seien nach zurückzuliegen. Das erste sei auf den Bericht der Bankpräsidenten zu warten, was sehr wichtig sei. Während des Heimfluges landete Ministerpräsident MacDonald vom Haag ein Abschiedstelegramm folgenden Wortlauts an Reichsminister Brüning:

Bis hierher auf meiner Rückreise gelangt, möchte ich, wie ich den Kanal überquere, Ihnen versichern, wie sehr mich der herzliche Empfang, den Sie mit bereiteten haben, erfreut hat und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß diese Zusammenkunft dem Fortschritt und dem Frieden Europas dienen möge.

## Dietsch gibt nicht nach.

Steuern müssen pünktlich gezahlt werden.

Berlin, 31. Juli  
Amthlich wird mitgeteilt: Die Frist zur Zahlung rückständiger Steuern läuft am 31. d. Mts. ab. Mit dem 1. August 1931 treten die in der Verordnung des Reichspräsidenten über die Zuschläge für Steuerrückstände vom 20. Juli 1931 festgelegten Verzugszuschläge, sowie Verzugs-, Aufschubs- und Stundungszinsen in Kraft.

Es wird in letzter Stunde nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß derjenige, der mit seinen Steuern im Rückstände ist und sie bis zum 31. Juli nicht bezahlt hat, hohen Verzugszuschlägen unterliegt, die für jeden halben Monat 5 v. H. betragen. Die Zuschläge sind verwerflich, ohne daß es einer vorherigen Mahnung bedarf. Wer sich daher vor empfindlichen Mehrzahlungen schützen will, tut gut daran, die letzte Frist zur Einzahlung der Steuern ungelündigt zu benutzen. Die Vorschriften der obigen Verordnung werden unter allen Umständen durchgeführt. Mit einer Mahnung oder sogar einer Aufhebung dieser Bestimmungen ist nicht zu rechnen. Die Befolgung dieses letzten Appells liegt nicht nur im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung, sondern in erster Linie im persönlichen Interesse des Steuerzahlers.

## Die Stillhalte-Verhandlungen.

In einer Haussammlung aus Berlin kommt die Auffassung zum Ausdruck, daß sich die Reichsregierung sehr wahrscheinlich genugern werde, ein vorübergehendes äußeres Moratorium zu erklären, zumal, wenn es nicht gelinge, sich mit den weniger bedeutenden ausländischen Banken über die Stabilisierung der gegenwärtig in Deutschland investierten Kredite zu einigen.

Um diese Banken zu ermuntern, werde die Reichsregierung ihnen die Garantie der Reichsbank und der deutschen Wirtschaft anbieten. Die Erklärung des Moratoriums werde auf alle Fälle im Einvernehmen mit den großen Emissionsbanken geschehen, um die Auswirkung einer derartigen Maßnahme für den deutschen Kredit nach Möglichkeit abzumildern.

## Ruhe, Arbeit und friedliche Entwicklung.

Die tatpässigen Arbeiter an Brüning.

Köln, 31. Juli.

Der Reichsverband tatpässiger Arbeitervereine Deutschlands hat an Reichsminister Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Mit sicherem Instinkt fühlt das Volk draußen, welche Kreise auch jetzt wieder unter Ausnutzung der Notlage der öffentlichen Finanzen als Verleher an Regierung und öffentliche Meinung herantreten, um sich auf Kosten von Millionen kleiner Christen selbst einen Schaden über den Millionen anderer zu verschaffen.

## Was mußt Du wissen für den Volksentscheid?

Der Tag des Volksentscheides ist der 9. August. Die Abstimmungszeit dauert von 8 Uhr bis 17 Uhr. In Orten mit weniger als 1000 Einwohnern kann sie nach Maßgabe der Landeswahlordnung begrenzt werden.

In der Zeit vom 24. Juli bis 3. August liegen die Stimmzettel aus. Es ist notwendig, daß jeder Stimmverpflichtete in dieser Zeit nachprüft, ob sein Name in den Stimmverzeichnissen eingetragen ist. Werden Fehler in der Stimmzettel festgestellt, so ist sofort bei der zuständigen Gemeindebehörde der Antrag auf Berichtigung einzureichen.

Stimmverpflichtet ist jeder deutsche Reichsangehörige, der am Tage des Volksentscheides das 21. Lebensjahr vollendet hat und im preussischen Staatsgebiet wohnt.

Stimmverpflichtete, die sich am 9. August nicht an ihrem Wohnort aufhalten, müssen so bald wie möglich bei ihrer Gemeindebehörde die Ausstellung eines Stimmzettels beantragen. Mit dem Stimmzettel ist die Stimmabgabe in jedem Abstimmungslokal auf preussischem Gebiete möglich.

Die Abstimmung erfolgt mit Hilfe von Stimmzetteln, die mit einer Anzahl „A“ und einer Anzahl „B“ versehen sind. Jeder verantwortungsbewußte Wähler legt am 9. August ein Kreuz in die Rubrik „A“.

grund zu retten. Sie dürfen versichert sein, daß jede auch noch so harte Maßnahme getragen wird, wenn es sich darum handelt, eine derartige verhängnisvolle Entwicklung schon im Keim zu ersticken. Lage, die jeden Augenblick entschlossenes Handeln erforderlich machen, um den föhndlich auftretenden neuen Gefahren wirkungsvoll zu begegnen, laßer nach unserer Meinung keinen Raum für parteipolitische Wirbrieren, Regierungsfragen, fragwürdige politische Reformen oder wirtschaftliche Experimente. Keinen die Günstiger drängen sollte, so muß eine starke Regierung das verantwortungsvolle Mandatbestimm im Inneren ebenfalls zum Schweigen bringen. Nach unserer mannigfachen Erfahrungen ist das deutsche Volk der leeren Proklamationen und unheilvoll wirkenden Demonstrationen längst müde. Es will in Wahrheit: Konsolidierung der Verhältnisse nach innen und nach außen, Ruhe, Arbeit und friedliche Entwicklung.

## Paris ist nervös.

Die Unterbrechung der Finanzverhandlungen.

Paris, 31. Juli.

Die Unterbrechung der französisch-englischen Finanzverhandlungen hat in Paris eine rechtlich herbe, um nicht zu sagen nervigere Stimmung geschaffen. Im Pariser Bankkreis glaubt man, daß Montague Norman nur Zeit zu gewinnen versuche und darauf setzler, daß der französische Markt wegen seiner unumfänglichen englischen Interessen auch ohne ein Abkommen alles tun werde, um das Fund zu stützen, wie es tatsächlich in den letzten Tagen geschehen ist.

Je mehr nun Paris auf dem englischen Markt interveniere, um so härter werde natürlich auch das französische Interesse in London und die Notenbank, es zu begehren. Die Franzosen sind darüber sehr empört und werden der Engländer vor die traditionelle Finanzpolitik zugunsten einer Spezifikation, um einem Tag zum anderen preiszugeben.

Letbrigens haben die Engländer, anscheinend als Gegenmaßnahme gegen die französische Finanzherre den französischen Reichsfinanzminister die Rechte auf dem Londoner Markt entzogen. Diese Befugnis sich selbst darüber, daß seit einem Jahrhundert bei der Kreditierung von Antäuren britischer Waren niemals Schwierigkeiten vorgekommen sind. Sie drohen damit, sich dem Londoner Geldmarkt abzuwenden, und sich andere sicherere Kreditunterlagen zu suchen.

## Frankreichs Nachfolger.

Profesor Cassel über die französische Valuta-Politik.

Stockholm, 31. Juli.

Im Verhättnis zum „Svenska Dagbladet“ stellt Professor Cassel fest, daß die französische Valuta-Politik ein wichtiger Stelle zur Verschlechterung der Weltwirtschaftslage beitragen werde. Seit 1928 habe Frankreich seinen Goldbestand nicht weniger als 28 Milliarden Franken vergrößert — nicht etwa aus wirtschaftlichen Gründen, sondern bewußt, um sich die jegliche madypolitische Stellung zu schaffen.

Alle übrigen Länder hätten erkennen müssen, daß ohne Frankreich nicht gelan werden könne, und dadurch habe Frankreich die Möglichkeit bekommen, ein noch politischer Zwangsläufige zu fordern. Schon beim Falle der Deckerklärung des Kredit-Anfalls habe Frankreich verurteilt. Deckerklärung zum Bagstasfall zu machen; damals habe jedoch das Eingreifen Englands die französischen Pläne verhindert. Der französische Vorschlag, Deutschland eine Zwei-Milliarden-Anleihe zu geben, sei ein ganz natürlicher Glied in der Politik Frankreichs, das wohl selbst nur einen kleinen Teil der Summe beitrage, aber den ganzen politischen Gewinn habe einstreifen wollen. Auch England habe wissen müssen, daß es von Frankreich abhängig sei.

Man müsse befürchten, daß Frankreich auch in Zukunft mit seiner Geldmacht politische Zwangsläufige zu erzwingen versuche, die es sonst nur durch einen blutigen und teuren Krieg erhalten könne. Die Folge der französischen Madypolitik auf Grund der vielen Goldvorräte müsse in einer weiteren Zunahme des Preisniveaus und einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise bestehen.

## Snowden kündigt Sparmaßnahmen an.

London, 31. Juli.

Am englischen Unterhaus machte Schatzkanzler Snowden Mitteilungen über die Finanzlage Englands. Snowden erklärte, auch wenn Ersparnisse erzielt werden könnten, bleibe die Lage ernst. Immerhin lie England's Haushalt betriebiger, als der irgendeines anderen Landes. Jetzt müßten entweder die Steuern erhöht oder die Ausgaben vermindert werden. Die Regierung ziehe den Bericht der Sparkommission — der eine Herabsetzung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und eine schmerzhaftige Haushaltskürzung vorschlägt — ernsthaft in Erwägung. Im übrigen sei die Lage des Londoner Geldmarktes fundamental gesund, und das möglichen die fremden Nationen zur Kenntnis nehmen. Zum Schluß erwähnte Snowden erstmals offiziell seine herein in die Öffentlichkeit gedungenen Pläne zur Umwandlung der englischen Kriegsanleihe, Angehörte der Kräfte in Deutschland sind diese Pläne, wie der Schatzkanzler noch bemerzte, vorläufig allerdings zurückgestellt worden.

# Die Haager Drohung.

H Haag, 31. Juli

Der Vertreter Italiens, Scialoja, hat am Schluß seiner Rede im Haag darauf hingewiesen, der Haager Gerichtshof sollte bedenken, daß, obwohl die bevorstehende Entscheidung über juristische Gesichtspunkte abgegeben werden sollte, sie politische Folgen haben könnte.

Die Abänderung der politischen Lage unter den gegenwärtigen Umständen könnte eines Tages den Krieg oder den Frieden bedeuten. Wenn der Rat erklärt, daß er nichts mehr zu tun habe, dann würde diese Erklärung morgen eine Kriegserklärung sein können.

Der Bericht über seine Rede zur deutsch-österreichischen Zollfrage betont zwar, daß Scialoja frei gesprochen habe, und sich sehr temperamentvoll geäußert, so daß, rein oratorisch, sein Eindruck beträchtlich gewesen sei. Das trifft nicht darüber hinweg, daß sachlich der Eindruck, den dieses italienische Plädoyer auf die Haager Cour und darüber hinaus auf alle interessierten Kreise machen mußte, überaus bedrückend ist.

Man hat das Gefühl, daß der italienische Sprecher sehr an Orte war und augenscheinlich den Internationalen Gerichtshof mit dem Völkerverbündnis verwechselte, und man fragt sich, was aus der Haager Institution werden soll, wenn es erlaubt sein darf, über ihren Schranken in so überprüfbar, ja so aggressiver und drohender Form juristische Fragen ins Politische hinüberzugeschieben, ja, der juristischen Klärung nahezu entzogen und zu politischen Kardinalfragen gemacht werden dürfen.

Es ist die Frage, was aus der ganzen Einrichtung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes werden soll, wenn ihr zugunsten zurückgezogen und ihre Sprüche von solchen Rüdichten abhängig machen zu sollen. Der Haager Gerichtshof hat Vertrau genommen als eine Einrichtung, die dafür bürgt, daß hier im Interesse des friedlichen Zusammenlebens der Völker Recht geübt werden kann und Recht gefunden wird, und die gesamte an diesen Möglichkeiten interessierte Welt an verpflichtet, sich dagegen zu wehren zu sehen, daß eine solche Gewährleistung bedroht und gefährdet wird. Was den italienischen Standpunkt in der Jubiläumfrage angeht, so bleibt nur die Hoffnung, daß das Temperament des Herrn Scialoja auch sachlich die gegebenen Grenzen außer acht gelassen hat und daß bei dem bevorstehenden Besuch des Reichsanzlegers in Rom über diese Dinge leidenschaftlicher, sachlicher gesprochen werden wird.

# Warschau und Moskau.

Polen teilt Befanngabe seiner Rüstungsziffern ab. Die polnische Regierung, hat dem Generalsekretär des

gegraten. Bis her bestand offenbar eine stillschweigende Vereinbarung darüber, daß die Organisation der Schützenverbände an den Grenzen der Weisenschaft Schließen halt zu machen hätte, und daß man Schließen den Aufständigen überlassen wollte. Wenn man diesen übereinstimmenden jetzt ablehnt, so hat Beweis dafür, daß man den Aufständigen-Verband nach allen Seiten herdenten für untauglich ansieht und daß man, um seine Tradition nicht verschwinden zu lassen, sich jetzt nach einem geeigneten Ersatz umsieht. Man kann von vornherein sich darüber klar sein, daß durch dieses Scheinmännchen an den tatsächlichen Zuständen in Ost-Oberpolen natürlich nichts geändert wird.

# Deutsche Tageschau.

## Konferenz der deutschen Minister.

Zu den Preisermittlungen über den Termin der Konferenz des Reichsanzlegers und des Außenministers wird von zuständigen Stellen festgestellt, daß der Besuch der deutschen Staatsmänner in Italien bestimmt in Kürze zu erwarten sei. Dr. Brüning und Dr. Curtius würden die Reise antreten, wenn sich die Lage in Deutschland geläutert habe. Jedoch voraussichtlich nicht vor der zweiten Hälfte des August. Im übrigen sei anzunehmen, daß der Rombolch vor dem Gegenbesuch des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers in Berlin stattfinden werde.

## Austritt aus der Wirtschaftspartei.

Der Wahlkreis Leipzig der Wirtschaftspartei teilt mit: „Der Gesamtvorstand der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes im Wahlkreis Leipzig hat einstimmig beschlossen, mit sämtlichen Ortsgruppen der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) auszuscheiden und sich der Dreyfusspartei zum preussischen Landtagsabgeordneten, Meinungsstifter von Detten, anzuschließen. Abgesehen für diesen Schritt war der Umstand, daß eine größere Anzahl von Ortsgruppen mit Auflösung geworden hatte, weil sie mit der Politik der Partei nicht einverstanden waren. Sie wollten auch mit der durch allerlei Presseveröffentlichungen blöggestellten Berliner Parteileitung nicht mehr zu tun haben.“

## Gegen Übersetzungen polnischer Flieger.

Zur Vermeidung der in letzter Zeit häufig vorkommenden Grenzverletzungen durch polnische Flieger sind nimmere im Reichsreis Maßnahmen getroffen worden, ausländische Flieger beim Überfliegen deutschen Gebietes zu warnen. Den Polizeibehörden in Späntale und streng für Signalbomben überlassen worden. deren praktische Erprobung durch eine Kommission von Sachverständigen für Luftforschung durchgeführt worden ist. Die Luft gesessenen Signalbomben erprobten unter Fortsetzung, worauf ein mehrer polnischer Vorfliegen kam. Der lange Zeit am Himmel sichtbar war.

Konzer in Wesselsheim. Die Neobra Stadtkapelle unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Musikdirektor Klein veranstaltet am Sonntagabend im Garten des Wesselsheim zu Wesselsheim ein Konzert. Die Musikanten auf höchen Ausstattungen sind durchaus gut, jedoch erwartet werden darf, daß viele unserer Musikfreunde einen Contingentsabzug nach dem schönen Wesselsheim haben werden, um die Vorbereitungen der auf hoher Stufe stehenden Kapelle zu lauschen und an dem an das Konzert sich anschließenden Tanzangenehm teilzunehmen.

Der neffe Bobenzug. Dem Amtlichen Preussischen Preisrichter wird vom Preussischen Landesauswahlschuss für Jagd- und Fischereiwesen geschrieben: „Sie belien Freudenart sehr man im Sommer als und jung den fischen fischen eines Bades mit Freuen entziehen. Auch der Arzt als Sinter der Gesundheit wird sich mit dem vernünftigen Gebrauch von Luft und Licht und Wasser gern einverstanden erklären; aber warnend man er seine Gänze erheben, wenn er schon mit für eine viele Menschen in tiefenennissen Badausgang sich zum Troden in die Sonne lege. Solches Tun bildet häufig die Quelle verheerlicher Krankheiten. Über seinen nassen Badausgang am Körper durch die Sonne trodenen läßt, aber bedenkt nämlich nicht, daß durch die oft furdendliche wählende Wasserordnung bestimmten Stellen der Hautoberfläche Wärme entzogen wird. Eine berartige Teilabkühlung schädigt aber leicht den Boden für allerlei Erkrankungshandeln, und so kommt es auch zu solchen Comorbiditäten, die Sinter und Schmutz zu Wasserentzügen und Unterleibsabkühlung, zu rheumatischen Erkrankungen und dgl. mehr. Gerade für die Ferienzeit, die doch ein jeder gesund und froh genießen will, heißt es alles vermeiden, was der Gesundheit schaden könnte. Darum fort mit dem nassen Badausgang! Nach Beendigung des Bades muß er unverzüglich ausgezogen werden und beim Verweilen in der Luft entweder ein neuer, trockener angelegt oder der abgetrocknete Körper mit einem Bademantel, Badetuch oder dgl. bedeckt werden.“

Verlängerung der Fristen für die Vermögensteuer-Erklärung, für die Abgabe von Vermögenserklärungen und für die Steuerermittlung. Wie das Reichsfinanzministerium mitteilt, werden die Fristen für die Abgabe der Vermögenserklärungen, die Abgabe von Vermögenserklärungen und für die Steuerermittlung allgemein bis zum Ablauf des 31. August 1931 verlängert. Zu den Vorschriften über die Abgabe von Vermögenserklärungen und über die Steuerermittlung werden demnächst eingehende Durchführungsbestimmungen erlassen werden.

Vor 17 Jahren. Wenn die ersten Augusttage kommen, denkt das deutsche Volk in jedem Jahr an den Beginn des großen Krieges. Der nun schon 17 Jahre zurück liegt. Seine Millionen deutscher Soldaten, die damals ins Feld zogen, werden wieder auf das große vaterländische Erleben erinnert, von dem sie 1914 alle erfüllt waren. Und schon ist es soweit, daß man einer jungen Generation, der jetzt großen Zeiten erleben sollen, nicht mehr überlassen möchte, sondern, was ist in diesen 17 Jahren aus uns geworden? Was ist der Geist der Opferbereitschaft und des Dienstes, der damals die Millionen zu einer Einheit zusammenschweißte und niemanden davon ablenken ließ, persönliche Angelegenheiten anzuhängen? Wir gehören eben alle zusammen und sehen

# Der 9. August ist der Prüfstein dafür, ob das preussische Volk gewillt ist, noch länger die marxistische Parteidiktatur zu ertragen, durch die unsere Wirtschaft zugrunde gerichtet und Arbeitslosigkeit und Elend hervorgerufen wurde.

Völkerverbündnis eine Note übermittelt, die im Zusammenhang mit der vom Völkerverbündnis auf der Matagosa im sämtliche Mächte gerichtete Aufforderung zur Befanngabe des Rüstungsstandes steht.

Die politische Lage sieht jedoch dieser Aufforderung aus dem Wege, indem geltend gemacht wird, daß das militärische Jahrbuch des Völkerverbündnis, das eine zusammenfassende Veröffentlichung der Rüstungsziffern aller Länder bieten soll, unvollständig sei, da die Rüstungsziffern Sowjetrußlands fehlen. Die polnische Regierung betont ihrer Note, daß damit eine ungleiche Behandlung der Staaten vorliegt und lehnt es unter Hinweis auf die fehlende Befanngabe der sowjetrußischen Rüstungsziffern zunächst ab, den politischen Rüstungsstand anzugeben.

Bereits in den Verhandlungen des Abrüstungsausschusses des Völkerverbündnis war von polnischer Seite wiederholt geltend gemacht worden, daß eine Verminderung der polnischen Rüstungen ohne eine gleichzeitige entsprechende Verringerung der Rüstungen Sowjetrußlands nicht denkbar sei. Man nimmt daher an, daß die polnische Regierung mit dieser Note auf eine Stellungnahme aufmerksam machen und damit ihre Taktik für die kommende Abrüstungskonferenz vorbereiten will.

# Föderalisten und Syndikalisten.

Entschlossenheit der spanischen Regierung. Madrid, 31. Juli.

Die jüngsten Vorgänge in Spanien haben gezeigt, wie durch den nebeneinander hergehenden Druck der Föderalisten und der Anarcho-Syndikalisten der Regierung in verschiedenen Bezirken besondere Schwierigkeiten erwachsen. Die Föderalisten sind nicht gut beraten, wenn sie die Elemente des Umsturzes für ihre Bestrebungen einzupanzern versuchen, und die Regierung hat in Andalusien gezeigt, daß sie entschlossen ist, diesen Elementen gegenüber mit aller Rüstungslosigkeit durchzugreifen.

Neuerdings glauben offenbar auch die Anarchisten, ihre Selbsttätigkeitsbestrebungen mit Hilfe der Syndikalisten stärker vorwärts treiben zu können, aber die Regierung hat durch eine Kundgebung in der Nationalversammlung klargestellt, daß sie nicht genehmigt, sich einem derartigen Druck zu fügen.

Die Verhandlungen über die Ausgestaltung der neuen spanischen Verfassung sollen in geordneten Bahnen geführt werden. Wenn Barcelona den Weg der Gewalt vorgeht, so erklärt Madrid, daß es die katalanische Provinz sich selbst überlassen will. So einfach ist das natürlich auch nicht, aber der Kompf gegen den Syndikalismus zwingt die Regierung zur Entschlossenheit.

# Eine zweifelhafte Tarnung.

Schützenverband statt Aufständigen-Verband? Rastowitz, 31. Juli.

Der Hauptvorstand des Aufständigen-Verbandes hat in diesen Tagen an die Vorsitzenden einiger Ortsverbände streng vertrauliche Mitteilungen erteilen lassen, in denen er sie auffordert, in den einzelnen Orten Schützenverbände zu gründen.

Man geht wohl nicht fehl in der Vermutung, daß diese Schützenverbände die Tradition der Aufständigen-Verbande übernehmen sollen, weil das Verhalten der Aufständigen in den letzten Jahren nicht gerade zur Förderung des Ansehens der polnischen militärischen Organisationen bei-

# Zustands-Rundschau.

Sitzung des Obersten Kriegesrates in Paris.

Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten Doumer fand eine Sitzung des Obersten Kriegesrates statt, an der der Kriegsminister, der Marineminister, der Luftfahrtminister und der Minister für Öffentliche Arbeiten, sowie die dem Kriegsrat angehörenden Generale teilnahmen. Auch Presseattachés wurde die allgemeine militärische Lage, die hauptsächlich in Bezug befindlichen großen Manövern und die kommenden Manövern an der Ostgrenze erörtert. General Weigand berichtete sodann über die Ergebnisse seiner letzten Inspektionsreise und Marschal Bertain über die Befestigungen in den Hauptzentren der französischen Luftlinie.

Mozart Mitglied des Untersuchungsausschusses der B33.

Der ehemalige Gouverneur der Bank von Frankreich und jetzige Präsident der Bank de Paris et des Pays Bas, Mozart, ist zum französischen Mitglied des Ausschusses bestimmt worden, der nach den Beschlüssen der Londoner Konferenz von der B33, eingeleitet werden und die fortwährende Kreditbedürfnisse Deutschlands prüfen soll. Die Wahl des ehemaligen Gouverneurs der Bank von Frankreich wird in der Presse sehr begrüßt.

# Kleine politische Meldungen.

A.N.P. gegen große Koalition in Braunschweig. Zur Regierungspartei in Braunschweig wird mitgeteilt, daß für die Deutsche Volkspartei die Bildung einer sogenannten Großen Koalition für Braunschweig unter keinen Umständen in Frage kommt.

Zustand Lloyd Georges betreffend. Offiziell wurde bekanntgegeben, daß der britische Premier Lloyd Georges bisher weiter zurechtfindend ist.

Erhöhung des Bandfiskus in England. Die Bank von England hat den Bandfiskus von 3,5 auf 4,5 v. H. erhöht.

Arbeitslose „Golfte“. Das Moskauer Komitee der Gottlosen hat kürzlich 300 seiner Mitglieder mobilisiert, um die in Rußland gerieten Arbeiterlosen in Moskau zu beschäftigen. Von den 300 Mobilisierten stellten sich nur sechs.

# Aus der Umgegend.

Nebra, 1. August.

Politische Veranmlung. Die Abstimmung über den Volksentscheid ist bereits auf den 9. August festgelegt, es gibt also nicht viel Zeit zur Orientierung und Ueberlegung. Wenn beides schließlich auch kaum nötig ist, weil das leere Vorkommnis jedem Wahlberechtigten den besten Anhalt dazu gibt, was er zu tun hat, so wird doch die große Masse der Wähler gern aus dem Munde eines Politikers hören, was die nächste Zeit bringen könnte, wenn es nicht gelänge, einen Landtag in Breiten an die Stelle des heiligen zu bekommen, der das Zeug hat, einen Systemwechsel durchzuführen. Am Sonntag nachmittags 2 Uhr findet im „Schützenhaus“ eine Veranmlung der N.E.D.P. statt, in der ein Vertreter dieser Partei über den Volksentscheid sprechen wird. Wer noch im Zweifel darüber ist, was er am 9. August tun soll, der komme und höre zu.

„Hohensphus“ (Der Prozeß der Rithy Kellermann), ein neuer „Ho-Sonfilm“ nach dem gleichnamigen Theaterstück von Curt Göb. Der Prozeß Rithy Kellermann, der im Mittelpunkt dieses Konflikts steht, ist reich an überraschenden Wendungen aller Art. Ueberhaupt sind die Verhandlungen, in denen der Staatsanwalt, Indus, die Angeklagten, ihren Anwälte, die Angeklagte, die paradiesisch leuchtend, ihren Mann, den Maler Kellermann, umgebracht zu haben. Alles steht zu ihren Ungunsten, doch die überraschende Lösung: „Der „Hohensphus“, der neuen „Ho-Sonfilm“ in den „Stadt-Kinematographen“ wo er am Sonntag lauft, an sich, wird sie mit erleben, und die Freude soll niemandem vorweggenommen werden. — Ein überaus reichhaltiges Konfliktprogramm wird außerdem gezeigt werden.

und für dieselbe Sache ein. Auch heute haben wir für schweren Aufgaben. Die Zeit, der wir uns seit 1914 entgegenstellen, ist in veränderter Form wieder zu uns gekommen. Aber die Ziele der Schicksalsabenteuer sind beinahe dieselben, hinterlistige Kampfmittel haben getreten, ohne daß der einzelne untere, der sich nicht erheben kann, nicht unterliegen möchte. Wir brauchen auch heute den Geist, der 1914 lebendig war. Größer als das Streben und Werten von Einzelnen ist der Wille und die Ehre eines Volkes.

Vorlicht bei Befestigungen. Die unüberhörliche Gedächtnisfeier wird auch ein wenig in der Richtung der abendlichen Seite bei Abgabe von Offizieren: man findet auf Angeboten durch zugewandte Preiskisten bereits des öfteren am Schluß des Schriftstückes in unaufrichtiger Art das Wort „Freiheitskämpfer“ zu lesen, was auch wohl ein Angebot der Befestigungen auftritt und sich vor Ueberlegungen schützen will, denn ist es notwendig, daß er bei der Befestigung ausdrücklich angibt: Die Befestigung hat nur Gültigkeit, wenn der in dem vorliegenden Angebot angegebene Preis eingehalten wird. Wer diese Befestigung nicht seiner Befestigung beifügt und sich die befestigten Dinge gar unter Nachnahme lassen läßt, kann unliebbare Ueberlegungen erleben.

Der Zahlungsmittelmarkt. Die Kopf der Bevölkerung ist höher als je, er beträgt in der besten Zeit der letzten Konjunktur, am 31. Juli 1927, 84 B.M., am 29. Juli 1928, 82 B.M., am 29. Juli 1929, 80 B.M., es laufen also heute in der besten Depression 1931, 82 B.M., mehr je Kopf an baren Zahlungsmitteln als in der Hochkonjunktur, die noch jeder die Zeit starken Zahlungsmittelbedarfs gesehen ist.

Arbeitslose Beteiligung an Blumentag für Blinde. Das Evangelische Konfessionsrat der Provinz Sachsen hat angeordnet, daß am 16. August in den Gottesdiensten auf den Blumentag für Blinde, der mit behördlicher Genehmigung vom Hilfsverein für Blinde in der Provinz Sachsen und in Anzahl von Gemeinden durchgeführt wird, in geläufiger Form hingewiesen wird. Im Rahmen des Blumentages wird bekanntlich eine Ertragsammlung für Zweck der Blindenfürsorge durchgeführt.

Erwerbslose junge Männer! Das Ihr keine Arbeit findet, ist schlimm! Aber, das Ihr Gehalt lauft, durch lange Arbeitslosigkeit mangelnd und niedergeschlagen zu werden, ist noch viel schlimmer. Am gegen die Gefahr anzukämpfen, geht für die Zeit vom 10.—29. August in das Volkshochschulheim Walfingerode zu einem Kursus mit Gleichgesinnten. Dort werden die Fragen nach der Möglichkeit von Arbeitsbeschaffung besprochen, dort wird nach Wegen gesucht, sich jene forderliche Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Dort wird die geistige Panzerkraft in landwirtschaftlich prächtiger Umgebung in der Pflege edler, Göttergüter gefördert. Die Teilnahmegebühr beträgt einschließlich Wohnung und voller Verpflegung 30 B.M., aber diesen Betrag nicht aufbringen kann, aber doch gern dabei sein möchte, schreibt sofort an das Volkshochschulheim Walfingerode, Post Gollstedt.

Das neue Mütterchen der Sächsischen Frauenhilfe. Die Sächsische Frauenhilfe hat bekanntlich in Verengerde ein neues Mütterchen für Erwerbslose erwarben und erworben, was in ähnlicher Weise wie das schon bestehende Heim in Dörfelitz dem Gedanken der Mütterchenfürsorge dienen soll. Das neue Heim ist inzwischen fertig geworden, so daß es in der zweiten Augustwoche bezogen werden kann.

Wiese. Am Sonntagvormittag hatte Herr Schumachermeister Franz Gründling das Anglist, beim Rabatzen in ein Schlagloch des Sommerweges links der Nöbelerener Straße, zu kürzen und sich das linke Schläpfelein viermal zu brechen. Dies wurde bei einer Kontingenterhebung im Kreisrat am 29. August festgestellt. Da hierüber berichtet war, wurde der Behauptung, daß ein Kräftiger nach Erfurt in die Klinik überführt.

Dondorf. Ein stellungloser Elektro-Monteur hantierete kürzlich mit einem lange nicht gebrauchten, alten Forberader. Er ließ sich eine größere Menge Pulver, Schrot, Eisen und Blei in die Hand, die den Lauf zerriß, und eine Ladung Schrotforberader drang dem unglücklichen Schützen in die Hand, so daß diese stark blutete. Der Unfall hätte noch schlim-

mer ablaufen können, wenn z. B. die Ladung Schrotkörnern ins Getriebe geraten wäre. Das alte Schießgerät wurde schließlich zerstört.

**Kannenburg.** Vor dem Schöffengericht wurde am 30. Juli bei Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Metzger Walter Kautzke aus Vöhringen verhandelt. Der Angeklagte wurde wegen fortgesetzten Diebstahlsverbrechen, begangen an einem Schulmädchen in Giebnitz, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen Vergehens im Amte wurde ferner gegen den zuletzt am Amtsgericht in Auerbach angeklagten Justizobersekretär Kurt W. verurteilt. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden einen Betrag von 362,74 RM. der Gerichtskasse unterschlagen und zur Verbedung der Unterleiste die Finger nicht richtig gezeichnet zu haben. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis.

**Kannenburg.** Vom Ermenen übernahm und löstener verlegt wurde der Wäbrieger Schüler Richard Schulte von hier. Er war vom Führertrif abgeprungen und wollte die Grenze anziehen, da der Wagen auf abfälliger Straße fuhr, halber und geriet unter die Räder, die dem Schauerwärtner über beide Gehäufel gingen. Im Kollabor Kranfens müssen den Verunglückten beide Beine amputiert werden, so daß ernte Gefahr für das junge Leben besteht.

**Weimar.** Das Thüringische Finanzministerium und das Innenministerium haben die staatlichen und kommunalen Kassenstellen analysiert, die zum Monatsende fällig sind. Nach Rücksicht auf die allgemeine Finanzlage, soweit genügend an Geld vorhanden sind, in größtem Umfang in Silbermünzen zur Ausgabe zu bringen.

**Köthen.** Der Herzog Joachim Ernst von Anhalt, der schon vieles an der bevorstehenden Krönung und Ausreise zu Ende gemacht hat, hat jetzt, wie verlautet, den gesamten Grundbesitz des Herzogtums in Ostpreußen an ein Berliner Konstruktionsbüro veräußert. Es handelt sich um 15 Domänen und Vorwerke mit einer Gesamtfläche von rund 8000 Hektar.

**Meißen.** Als Ursache des Brandes beim Bankrott sind festgestellt worden, daß sich in der Scheibe eines Dachfensters eine Wabe befand, die wie ein Brennglas wirkte und einen Dachstuhl zum Glimmen brachte. In der Nacht fing dann der Balken zu brennen an. Da die Flammen in den lagernen Papieren reiche Nahrung fanden, griff das Feuer schnell um sich und verbreitete sich bald über den ganzen Dachstuhl.

**Leipzig.** Dienstag vormittag wurden in der Desauterstraße zwei etwa vier Jahre alte Mädchen beim nachdringlichen Überfahren der Straße von einem kleinen Personkraftwagen überfahren. Während das eine Kind mit leichten Verletzungen davon kam, wurde das andere mit einem lebensgefährlichen Halschlagaderbruch ins Diakonissenhaus geschafft.

**Wißig.** W. Magdeburg. Beim Nachsehen eines Sprengloches im Steinbruch Wißig explodierte die Sprengladung und der Arbeiter Wulke aus Wißig erlitt schwere Verbrennungen im Gesicht.

**Milbenhausen (Landr. Hildburghausen).** In unserm, hart an der thüringisch-bayerischen Grenze gelegenen Dorf

dung nach dem Täter aufgenommen, von dem bisher noch keine Spur fehlt. Der Einbrecher hatte noch verübt, den Geldschrank im Bureau der Gutsverwaltung zu öffnen, muß jedoch geflohen worden sein, da er Hammer und Meißel auf dem Schranke liegen ließ.

**Industriedirektor wegen Sachgriffsmuggels verhaftet.** In Othböhmen wurde der Direktor eines großen Industrieunternehmens verhaftet, der im Bezirk steht, den großen Schmuggel von Sachgriffen von Hamburg nach der Reichswehr ins Ausland zu haben. Der Schmuggel wurde in der Hauptsache in großen Mengen über die Grenze gebracht und lebend an verschiedene Brauereien verkauft. Die betreffenden Brauereien wurden nun vom Finanzamt zu Geldstrafen bis über 100 000 Kronen verurteilt und gezwungen, mehrere leitende Beamte zu entlassen.

**Große Kommuniferechtigungen in Rumänien.** Die Gesamtzahl der bisher im Zusammenhang mit den Eisenbahnanschlägen verhafteten Kommuniferechtigten beträgt 600.

**Amv Johnson in Japan getandet.** Die englische Fliegerin Amy Johnson landete auf ihrem Flug nach Japan am 15.30 Uhr in Saka an der Wogla, ungefähr 700 Kilometer östlich von Moskau.

**Hefiger Erdloß in Neuseeland.** Ein heftiger Erdloß schlug die Bevölkerung am Samstag bei Neuseeland) in Schrecken. Bisher sind jedoch keine Verluste an Menschenleben oder erheblicher Sachschaden gemeldet worden.

### Der Empfang des Zeppeins.

Nach der Landung, die dank des Rundfunks Millionen von Deutschen bewohnten, überreichte Oberbürgermeister Dr. Sahn Dr. Eckner einen Blumenkranz. Mit einer kurzen Ansprache entbot Oberbürgermeister Dr. Sahn den Führern und der Begleitung des Luftschiffs den Willkommensgruß der Reichshauptstadt, verbunden mit anerkennenden Worten über die neue Größe deutscher Männer. In der Zeit dieser Zeit, mit der jetzt durchgeführte, erhebt sich das fähigste deutsche Schiff als ein Symbol des heiß ersehnten Aufstieges. Bewundern blühe die ganze Welt auf das Luftschiff, dessen Führer mit zäher Willen und festem Vertrauen das Gebiet der Forschung erweitert hätten.

Mit einem dreifachen Hoch auf Dr. Eckner und die Begleitung des Luftschiffs beendete Oberbürgermeister Dr. Sahn dann seine Ansprache. Nachdem das Deutschlandlied vertungen war, dankte

### Dr. Eckner

für den freundlichen Empfang bei der ersten Landung auf deutschem Boden.

eine passive Handelsbilanz von 1,2 Milliarden Dollar (6,3 Milliarden Mark) hat und trotzdem gleichzeitig mit 2,45 Milliarden Dollar (10,3 Milliarden Mark) an Reparationen bezahlen muß. Diese riesigen Verpflichtungen konnte Deutschland nur nachkommen, indem es auf den internationalen Geldmarkt einsteigen in Höhe von 3,835 Milliarden Dollar (16,1 Milliarden Mark) in dieser Zeit aufnahm. Der Bericht zeigt, daß die Gesamthöhe der geleisteten Reparationen nur um ein wenig geringer war, als die von Deutschland zu bedeckende der Reparationszahlungen und zum Vergleich der gesamten Reparationszahlungen. Weiter ist Deutschland hart bestraft worden, weil es die Zahlungen für Auslandskapital. Wenn im Jahre 1930 hätten die Zinsen rund 200 Millionen Dollar betragen. Das Bundesparlament fällt die gegenwärtige Beschlüsse auf die Unmöglichkeit zurück, neues Kapital nach Deutschland herbeizubekommen. Deutschland habe seit Beginn der Weltkriege ebenso wie alle übrige Welt unter der Verhaftung des ausländischen Kapitalismus gelitten.

Die Welt hat also auch Amerika, daß die deutschen Tribute nur mit gemühtem Gelde geteilt werden konnten und dieses Befahren zur Katastrophe treiben muß. Etwas anderes hat die nationale Bewegung nie behauptet, die ist mit dem Volkssinnlich die zweite Phase des großen Kampfes gegen die von der Sozialdemokratie erzwungene Erfindungslosigkeit beginnt.

### Gestörter Kreislauf des Geldes.

Der normale Kreislauf des Geldes in der Wirtschaft wurde durch die bekannten Ereignisse des 13. Juli in den darauffolgenden Tagen unterbrochen. Bei Banken, Sparkassen, Genossenschaften und anderen Geldinstituten war der Bargeldvorrat, der unter gewöhnlichen Verhältnissen mehr als ausgereicht hätte, insofern unzureichend. Durch die Erschöpfung der durch die inzwischen getroffenen Maßnahmen ist es gelungen, den Bargeldvorrat zu ergänzen und Vorauszahlungen in allmählich erweitertem Umfang wieder aufzunehmen. Ausschüttungen und Übernahmen der öffentlichen Haushalte und teilweise darüber hinaus können bereits seit längerem durchgeführt werden. Hält die bisherige Entwicklung an, die insbesondere durch die erfreuliche Ruhe und Einigkeit der Bevölkerung gefördert wird, so ist der Zeitpunkt nicht fern, wo der Zahlungsgewehr wieder ohne Einschränkungen vollziehen kann. Die unruhigen Anstöße überflüssiger Dinge haben im allgemeinen abgelehnt, aber es genügt nicht, das ungeliebte oder aus Angst gehobene Geld zurück in den Strömung zu legen. Ganz abgesehen davon, daß es dort die Gefahr des Feuerschlags ausgleicht ist, sind Zinsen bringt, kommt gerade jetzt alles darauf an, das nicht benötigte Bargeld wieder in der Wirtschaft nutzbar zu machen. Das geschieht am nützlichsten auf dem Wege über die Geldinstitute, insbesondere durch die Sparkassen. Diese leisten es im Kreditwege an die heimischen Wirtschaftsbetriebe weiter und geben ihnen so die Möglichkeit, neue Arbeitskräfte zu beschäftigen und ihren Bedarf an Rohstoffen und Werkzeugen zu decken. Nur durch diese richtige Lenkung

## Bei der Abstimmung bedeutet die Ankreuzung der Frage „Ja“: Arbeit, Brot, Meinungsfreiheit, die Ankreuzung der Frage „Nein“ hat zur Folge: Steigerung der Not des Volkes, dagegen Weiterzudung des politischen Bonzenentums.

erhaltenen Anfang der Woche sieben Personen, die die bayerische Grenze überschreiten wollten. Sie erklärten, sie müßten pro Person 100 Mark Grenzübertrittsgebühren bezahlen und legten dem Gemeindevorsteher einen 1000-Mark-Schein vor, auf den die 300 Mark zurückverlangten. Als der Gemeindevorsteher ihren Verlangen nicht erfüllen konnte, ließ er die Zurückhaltung des Zahlungsmittels wieder ab. Später stellte sich heraus, daß der Tausendmarkschein gefälscht war.

### Neues aus aller Welt.

**Bicard vor einem neuen Strafverfahren.** Professor Bicard beabsichtigt einen neuen Höhenflug, der die Prüfung der strafrechtlichen Forschungsapparate zum Zweck hat. Der neue Flug soll womöglich in bedeutend größerer Höhe führen als die bisherigen. Bicard hat ausdrücklich in Friederichshagen stattfinden. Bicard habe erwidert, daß deutsche und französische Ingenieure, mit denen er bereits darüber verhandelt habe, die Ergebnisse des ersten Höhenfluges zum Bau strafrechtlicher Flugzeuge zu verwerten beabsichtigen.

**Aufmörder Rüd zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.** Der Aufmörder August Rüd, der die siebenjährige Tochter seines Arbeitgebers Bud in Hebeldorf nach einem Sittlichkeitsverbrechen ermordet hatte, wurde von der Berufungskammer des Großen Jugendgerichts S t a d e auf die Revision des Staatsanwalts nach Leipzig und schließlich auf Sittlichkeitsverbrechen in drei Fällen zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechzehnmal Jahre bestrafung. In der ersten Instanz war Rüd wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und Sittlichkeitsverbrechen zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden.

**Schwere politische Zusammenstöße bei Jhehoe.** In Delau bei Jhehoe kam es zu schweren blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei es einen Toten und 18 Verletzte, darunter mehrere Schwerverletzte, gab. Die Nationalsozialisten hatten in einer Deutscher Gastwirtschaft eine Zusammenkunft. Als einige von ihnen im Garten des Lokals nach verdächtigen Personen, die sich dort eingefunden hatten, Ausschau halten wollten, wurden sie von Kommunisten überfallen. Es entspann sich darauf eine große Schlägerei.

**Mit 20 000 Gulden flüchtig.** Ein in B u e r moßnhafter Stadtmagister A. D. war bei einer Pensionsaufschubfrage verhaftet und erhielt nach seiner Pensionierung einen Betrag von 30 000 RM ausgezahlt. Er brachte das Geld im Juni d. J. zu einer Bank in nach Nymwegen in Holland und legte es in 20 000 Gulden an. Er hatte die Absicht, den Betrag dieser Tage wieder in Deutschland anzulegen, und beauftragte einen guten Bekannten aus Buer, der die holländische Staatsangehörigkeit besitzt, das Geld in Nymwegen abzuholen und nach Deutschland zu bringen. Der Beauftragte wurde mit den 20 000 Gulden flüchtig und wird von der Polizei verfolgt.

**Für 10 000 Mark Juremen und Goldschaden gerufen.** Auf dem Gut D a m s h a g e n bei Grevesmühlen wurde ein schwerer Einbruchdiebstahl verübt. Der Täter drang durch die Beranda in das Damenzimmer und stahl aus einer Vitrine eine goldene Herrenuhr, drei goldene Damenuhren, einen goldenen Armreif, eine goldene Halskette und einen Ring. Die goldenen Gegenstände stellen einen Wert von 10 000 Mark dar, da sie zum Teil unerlässliche Erbstücke sind. Die Polizei hat sofort die Jagd

Die Begleitung sei trotz alledies, wie er sich ausdrücken möchte, brave Luftschiff. Vielleicht ist nicht alles erreicht worden, was man erreicht habe, aber doch ist der Erfolg groß. Er sei sehr davon überzeugt, daß das Luftschiff noch mehrfach derartige Expeditionen unternehmen werde, und vielleicht würden auch Passagierfahrten in die Art des Anflugs finden. Den an Schönheit fehle es der Art nicht. Der Himmel sei während der Fahrt sonnig und blau gewesen, wie der Italiens, und die böien Nebel habe das Luftschiff ohne sonderliche Mühe weit unter sich gelassen.

Der russische Volkshäfer Chintzjuk, der nach Dr. Eckner sprach, erklärte in der Durchsicht der Notwendigkeit, die der Zusammenbruch deutscher und russischer Völker, eine neue Bestätigung für das Wort von der völkerverbindenden Mission der Wissenschaft. Mit besonderer Genugtuung erfüllte ihn natürlich das deutsch-russische Zusammenwirken. Zum Schluß beglückwünschte der Volkshäfer Dr. Eckner noch einmal zu dem großen Erfolge.

Professor Samoilowitsch, der wissenschaftliche Leiter der Expedition, erklärte, er sei erstaunt, ein wie ausgeglichenes Mittel das Luftschiff für denartige Forschungswecke sei. In wenigen Tagen habe man auf den verschiedenen in Frage kommenden wissenschaftlichen Gebieten die Ergebnisse sammeln können, für deren Zusammenfassung man sonst zwei bis drei Jahre gebraucht hätte.

Friedrichshagen, 30. Juli. Nach glänzend verlauener Fahrt lehre das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute morgen wohlbehalten zurück.

### Leichtes Erdbeben in Italien.

In Umbrien wurden mehrfach Erdstöße verspürt, die zum Teil von unterirdischem Grollen begleitet waren. In Boggio di Ortrich, Narni und in Cagli sind zahlreiche Häuser beschädigt und einige eingestürzt. Zum Glück scheint das Beben keine Menschenopfer gefordert zu haben. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist nur eine Person verletzt worden. Ein Kind, das von den Trümmern eines einstürzenden Hauses getreten wurde, konnte unverletzt geborgen werden. Die Vertreter der Behörden haben sich an den Ort des Erdbebens begeben, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

### Forderung der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einer Entschließung, die Fortführung des Disziplinarverfahrens durch die Reichsbank, die Erhöhung des Disziplinarverfahrens, Absetzung der kurzfristigen Auslandsverschuldung durch die Reichsbank, maßgebende Bestätigung des Reiches an der Verwaltung der Banken durch Schaffung eines Bankamtes, Reform des Aktienrechts, Ausdehnung der Kartellverordnung und Sicherung des Realienkommens der Arbeitnehmer. Ferner legt sich die Entschließung für die Verhaftung mit Frankreich ein.

## Die Auslandsverschuldung eine Folge der Reparationen

Das Handelsdepartement der Vereinigten Staaten vor Nordamerika veröffentlicht interessantes statistisches Material über die Auslandsverschuldung Deutschlands. Darin wird nachgewiesen, daß Deutschland in den letzten Jahren

der Spargelzeit ist es möglich, die Wirtschaft zu beleben zum Nutzen eines jeden Einzelnen und, was heute bekannt ist, werden auch die unter entsprechenden Umständen aus ausländischen Krediten, deren Verlusten in den letzten Wochen sehr mann zu führen bekam. Das Bargeld zur Spargelzeit zu bringen, tut daher gegenwärtig besonders not.

### Wahnenwetterbericht.

Mitgeteilt von der Landes-Wetterkarte Weimar. Das Niederschlagsgebiet über dem Nordmeer mit seinem Kern nördlich von Schottland wandert langsam nach Osten weiter. Die in Rügen des Meeres nach beiden Seiten vorstoßenden kalten Luftmassen treffen auf wärmere Luft über dem Festland. Sie geben daher durch Regenbildung zu zeitweiligen Niederschlagsmassen Anlass. Abgesehen von dem dauernden fühlbaren Wetter bestehen jedoch nicht, vielmehr müssen wir mit einem erneuten Vorstoß des Nordwestwindes rechnen, das daraufhin wieder eine weitgehende Beruhigung des Wetters verpricht.

Der Leipziger Paulsenzeichen handelt der Leitartikel des neuen Mitteilungsblattes ein Thema, das heute die gesamte Hörschaft des mitteilungsblattes Sendezeit hat interessiert. Die Meinung äußert, daß das gleiche gilt einen erklärenden Hinweis zu den „Sportprotokollen des Sonntags“, ferner solche zu den Vorlesungen „Arnold Jungs“, „Kurzgeschichte“ und zu „Macht der Woche“. Das reich illustrierte Heft kostet 30 Pf., und ist durch die Buchhandlung Walter Gahr, Weimar, zu beziehen.

### Spiel und Sport

#### Hebraer Sportvereinigung 1924

Nach lehrbuchmäßiger Spielweise geht am morgigen Sonntag der Spielbetrieb wieder ein. Der Beginn der Verhandlungen wird der morgige Sonntag ausgenommen, um ein fälliges Freundschaftsspiel gegen die B.F.S. Trebnitz zu erledigen. Die 1., 2. und Jugendmannschaft fahren nach Trebnitz und spielen um 10 Uhr die Jugend, um 11 Uhr die 2. Herrenmannschaft und um 12.30 Uhr die 1. Herrenmannschaft gegen die gleiche Mannschaft des B.F.S. Trebnitz. In Hebra müssen unsere Mannschaften vor ungefähr einer Jahr Wiederlagen einleiden und gilt nun morgen hierfür Renanche zu nehmen. Ob es allerdings gelingen wird, ist fraglich, da alle Mannschaften mit mehrfachen Niederlagen zu kämpfen haben. Die Abwehrzeiten werden noch in Ausbissphasen befanntgegeben. Die 3. Mannschaft spielt auf unserem Platz nachmittags 3 Uhr gegen B.F.S. Querfurt 3. Wenn unsere Mannschaft voll antritt, kommt uns ein Sieg gelingen. Alle anderen Mannschaften bleiben bestehen.

Es wird auch an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, daß das Betreten unseres Sportplatzes Mitgliedern sowie Nichtmitgliedern nur an Trainingsabenden gestattet ist, anderenfalls muß Abgesagt erfolgen. Es muß unbedingt Rücksicht auf den an unsere Sportplatzanlage grenzenden bäuerlichen Obstgarten genommen werden. Mitglieder, die dies nicht befolgen, haften für eventuellen Schaden.

### Kirchliche Nachrichten

#### 9. Sonntag nach Trinitatis, den 2. August 1931.

Wochenpredigt: „Gott ist getreu, der euch nicht läßt verlassen über euer Vermögen, sondern macht, daß die Verführung zu ein Ende komme, daß ihr's könnt ertragen.“ (1. Kor. 10, B. 13)

10 Uhr: Hauptgottesdienst. Predigt: Apostelgesch. 24, 24–26. Weber: 130 (123), 227 (145). Kollekte: Für die Wibelstelle.

Mittwoch, abends 7/9 Uhr: Wibelstunde im Gemeindeklub. Freitag, abends 7/9 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindeklub. Beerdigungen: Am 23. Juli Frau Frieda Wärtens geb. Rodewitz, 48 Jahre; 24. Juli: Fildermann, Hermann Wädel, 49 Jahre; 26. Juli: Bismarckmann, Richard Frick, 89 Jahre; 29. Juli: Witwe Ida Wädel geb. Müller, 86 Jahre.



# Nebrer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen-Listen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Bestellblatt 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr. 91

Sonnabend, den 1. August 1931.

44. Jahrgang

## Die Abreise MacDonaldis.

Er verließ im Flugzeug Berlin.

Berlin, 30. Juli  
Der englische Ministerpräsident MacDonaldis trat am Flughafen Tempelhof Feld den Rückflug nach London an. Der Flughahn hatte großen Fliegensturm angeleitet.  
Reichsminister Brüning, Reichsaussenminister Curtius, Staatssekretär von Bülow und Oberregierungsrat Pland waren bereits kurz nach 9 1/2 Uhr auf dem Flughafen eingetroffen, wo die drei englischen Militärattachés unmittelbar vor dem Flughahnflieger nebeneinander aufgestellt waren. Um 9 1/2 Uhr erschien der englische Botschafter Sir Horace Kumbold mit dem Botschaftsrat Newton. MacDonaldis selbst erschien in Begleitung von Graf Zoltenbach und Ministerattaché von Diehoff gegen 9.40 Uhr. Er wurde von den Zuschauern herzlich und ruhig begrüßt.

Nach der Begrüßung durch die deutschen Minister und den Kommandanten des englischen Flugzeuggeschwaders unterließ sich MacDonaldis noch mehrere Minuten mit den zur Verabschiedung erschienenen Herren. Dann verabschiedete er seinen Hut mit einer Fingerringe, legte den Fallschirm an, nahm von jedem einzelnen Herrn mit Händedruck Abschied und beflegte das von dem Kommandanten Hellwig gesteuerte Flugzeug. Das um 9.58 Uhr unter dem Hülfsleitenden der Zurückbleibenden und Hochrufen des Publikums startete. Die beiden anderen Flugzeuge folgten in kurzen Abständen. In Hannover land zu Landzwecken eine Zwischenlandung statt.

### Deutschland verlangt Gleichberechtigung.

Zu den deutsch-englischen Besprechungen, die am Dienstagabend in einer gesellschaftlichen Veranstaltung in der englischen Botschaft ihren Abschluß fanden, verläutete von unrichtiger Seite nach, daß die Ausprachen sich schon zum weitestgehenden Teil auf die Fragen der bevorstehenden Abrüstungskonferenz bezogen. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage angeschnitten worden, ob Deutschland den bisher als unzulässig abgelehnten Genfer Konventionenentwurf als Verhandlungsgrundlage für die Abrüstungskonferenz anerkennen könnte.

Die Reichsregierung vertritt die Auffassung, daß der Grundgedanke der völligen Gleichberechtigung auch auf dem Gebiete der Rüstungen zur Anwendung gelangen müsse.

Der Genfer Konventionenentwurf ist aber fernezeitig von dem deutschen Abrüstungsdelegierten, Grafen Bernstorff, gerade deswegen abgelehnt worden, weil er nach deutscher Auffassung gegen den Grundgedanke der Gleichberechtigung entscheidenden Bestimmungen verstoße. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß die Haltung der Reichsregierung in dieser Frage sich irgendwie geändert hat.

Der „Daily Mail“ zufolge erdörte MacDonaldis in Berlin eingehend einen Plan zur schrittweisen Zollherabsetzung in Europa, Rationalisierung der Produktion und Verteilung der Rohstoffe sowie eine neue Handelsvertragspolitik.

### Sorgen der nächsten Tage.

Die Paule, die in den diplomatischen Kreisen eingetreten ist, wird von der Reichsregierung dazu benutzt, mit aller Kraft die wirtschaftspolitischen Beratungen weiterzuführen. Der sogenannte Wirtschaftsausschuss des Reichskabinetts ist in Bernauersee veranlagt, um die Wirtschaftsinformationen vorzubereiten, nach denen auf Grund der Ergebnisse der internationalen Besprechungen die Reichsregierung darangehen wird, die eigenen Kräfte Deutschlands mit äußerster Entschiedenheit zu mobilisieren.

Es handelt sich zunächst um die finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen für die nächsten Wochen, von denen der Reichsregierung die Beschlüsse der nächsten Woche abhängen werden. Die Beratungen der nächsten Woche werden die Beratungen des Wirtschaftsausschusses betreffen. Die Beschlüsse der nächsten Woche werden die Beratungen der nächsten Woche betreffen.

### Brüning.

Brüning, 30. Juli.  
MacDonaldis ist von Berlin nach London gegangen. Die Besprechungen sind beendet. Die Besprechungen sind beendet. Die Besprechungen sind beendet.

Stappen seien nach zurückzulegen. Das erste sei, auf den Bericht der Bankfachverständigen zu warten, was sehr wichtig sei. Während des Heimfluges landete Ministerpräsident MacDonaldis am Haag ein Abschiedstelegramm folgenden Wortlauts an Reichsminister Brüning:

Bis hierher auf meiner Rückreise gelangt, möchte ich, wie ich den Kanal überquere, Ihnen versichern, wie sehr mich der herzliche Empfang, den Sie mir bereitet haben, erfreut hat und die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß diese Zusammenkunft dem Fortschritt und dem Frieden Europas dienen möge.

### Dietsch gibt nicht nach.

Steuern müssen pünktlich gezahlt werden.

Berlin, 31. Juli  
Amthlich wird mitgeteilt: Die Frist zur Zahlung rückständiger Steuern läuft am 31. d. Mts. ab. Mit dem 1. August 1931 treten die in der Verordnung des Reichspräsidenten über die Zuschläge für Steuerrückstände vom 20. Juli 1931 festgelegten Verzugszuschläge, sowie Verzugs-, Aufschubs- und Stundungszuschläge in Kraft.

Es wird in letzter Stunde nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Fristen der mit letztem Mts. im Rückstände ist und die bis zum 31. Juli nicht bezahlt hat, hohen Verzugszuschläge unterliegt, die für jeden halben Monat 5 v. H. betragen. Die Zuschläge sind vermindert, ohne daß es einer vorherigen Mahnung bedarf.

Wer sich daher vor empfindlichen Mehrzahlungen schützen will, tut gut daran, die letzte Frist zur Einzahlung der Steuern ungenutzt zu benutzen. Die Vorschriften der obigen Verordnung werden unter allen Umständen durchgesetzt. Mit einer Milderung oder sogar einer Aufhebung dieser Bestimmungen ist nicht zu rechnen. Die Befolgung dieses letzten Appells liegt nicht nur im Interesse einer geordneten Finanzverwaltung, sondern in erster Linie im persönlichen Interesse des Steuerzahlers.

### Die Stillhalte-Verhandlungen.

In einer Haussammlung aus Berlin kommt die Auffassung zum Ausdruck, daß sich die Reichsregierung sehr wahrscheinlich gezwungen sehen werde, ein vorübergehendes äußeres Moratorium zu erklären, zumal, wenn es nicht gelinge, sich mit den weniger bedeutenden ausländischen Banken über die Stillhalterung der gegenwärtig in Deutschland inaktiven Kredite zu einigen.

Am diese Banken zu ermahnen, werde die Reichsregierung ihnen die Garantie der Reichsbank und der deutschen Wirtschaft anbieten. Die Erklärung des Moratoriums werde auf alle Fälle im Einvernehmen mit den großen Emmissionsbanken geschehen, um die Auswirkungen einer derartigen Maßnahme für den deutschen Kredit nach Möglichkeit abzumildern.

### Ruhe, Arbeit und friedliche Entwicklung.

Die katholischen Arbeiter an Drängung.

Köln, 31. Juli.  
Der Reichsverband katholischer Arbeitervereine Deutschlands hat an Reichspräsident Dr. Brüning ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

Mit sicherem Instinkt fühlt das Volk draußen, welche Kreise auch jetzt wieder unter Ausnutzung der Notlage der öffentlichen Finanzen als Verführer an Regierung und öffentliche Meinung herantreten, um sich auf Kosten von Millionen kleiner Ertritten selbst einen Schaden über den Ab-

### Was mußt Du wissen für den Volksentscheid?

Der Tag des Volksentscheides ist der 9. August. Die Abstimmungszeit dauert von 8 Uhr bis 17 Uhr. In den Orten mit weniger als 1000 Einwohnern kann sie nach Maßgabe der Landeswahlordnung begrenzt werden.

In der Zeit vom 24. Juli bis 3. August liegen die Stimmlisten aus. Es ist notwendig, daß jeder Stimmberechtigter in dieser Zeit nachprüft, ob sein Name in den Stimmlisten verzeichnet ist. Werden Fehler in der Stimmliste festgestellt, so ist sofort bei der zuständigen Gemeindebehörde der Antrag auf Berichtigung einzureichen.

Stimmberechtigter ist jeder deutsche Reichsangehörige, der am Tage des Volksentscheides das 21. Lebensjahr vollendet hat und im preussischen Staatsgebiet wohnt.

Stimmberechtigter, die sich am 9. August nicht an ihrem Wohnort aufhalten, müssen so bald wie möglich bei ihrer Gemeindebehörde die Ausstellung eines Stimmlistenbescheides beantragen. Mit dem Stimmlistenbescheid ist die Stimmberechtigung in jedem Abstimmungslokal im preussischen Gebiet möglich.

Die Abstimmung erfolgt mit Hilfe von Stimmscheiben, die mit einer Kugel „Ja“ und einer Kugel „Nein“ versehen sind. Jeder Abstimmungsbescheid enthält am 9. August ein Kreuz für die Kugel „Ja“.

grund zu retten. Sie dürfen versichert sein, daß jede auch noch so harte Maßnahme getragen wird, wenn es sich darum handelt, eine derartige verhängnisvolle Entwicklung schon im Keim zu ersticken. Tage, die jeden Augenblick entschlossenes Handeln erforderlich machen, um den förmlich auf-tretenden neuen Gefahren wirkungsvoll zu begegnen, laßen nach unserer Meinung keinen Raum für parteipolitische Abhürerien, Regierungsfraktionen, fragwürdige politische Reformen oder wirtschaftliche Experimente. Wollen die Gläubiger drängen stille halten, so muß eine starke Regierung das verantwortungsvolle Maßnahmeprogramm im Inneren ebenfalls zum Schweigen bringen. Nach unseren mannigfachen Erfahrungen ist das deutsche Volk der leeren Prophezeien und unheilvoll wirkenden Demonstrationen lässig müde. Es will in Wahrheit: Konsoolidierung der Verhältnisse nach innen und nach außen, Ruhe, Arbeit und friedliche Entwicklung.

### Paris ist nervös.

Die Unterbrechung der Finanzverhandlungen.

Paris, 31. Juli  
Die Unterbrechung der französisch-englischen Finanzverhandlungen hat in Paris eine reichlich nervöse, um nicht zu sagen verärgerte Stimmung geschaffen. In Pariser Bankkreisen glaubt man, daß Monique Norman nur Zeit zu gewinnen verusche und darauf spekuliere, daß der französische Markt wegen seiner umfangreichen englischen Interessen auch ohne ein Abkommen alles tun werde, um das Bündnis zu stützen, wie es tatsächlich in den letzten Tagen geschehen ist.

Je mehr nun Paris auf dem englischen Markt interveniere, um so härter werde natürlich nach das französische Interesse in London und die Notwendigkeit, es zu schützen. Die Franzosen sind darüber sehr empört und werden der Engländer vor ihre traditionelle Finanzpolitik zugunsten einer Spezialform für einen Tag zum anderen preiszugeben.

Hebrington haben die Engländer, aufsehend als Gegenmaßnahme gegen die französische Finanzpolitik den französischen Rohstoffhändlern die Kredite auf dem Londoner Markt entzogen. Diese Befehle sind jedoch darüber, daß sie einem Jahrhundert bei der Kreditierung von Anfängen britischer Waren niemals Schwierigkeiten vorgekommen sind. Sie drohen damit, sich dem Londoner Geldmarkt abzuwenden, und sich andere sicherere Kreditunterlagen zu suchen.

### Frankreichs Machthaber.

Profesor Cassel über die französische Valuta-Politik.

Stockholm, 31. Juli.  
Im Beitragsartikel im „Svenska Dagbladet“ stellt Professor Cassel fest, daß die französische Valuta-Politik an wichtiger Stelle zur Verhinderung der Weltwirtschaftslage beitragen mag. Seit 1928 habe Frankreich seinen Goldbesitz um nicht weniger als 28 Milliarden Franken vergrößert — nicht etwa aus Wirtschaftsgründen, sondern bewußt, um sich die letzte machtpolitische Stellung zu schaffen.

Alle übrigen Länder hätten erkennen müssen, daß ohne Frankreich nichts getan werden könne, und deshalb habe Frankreich die Möglichkeit bekommen, von Deutschland politische Zugeländnisse zu fordern. Schon beim Falle der Deutscheren Kredit-Anstalt habe Frankreich verurteilt. Österreich zum Besatzungsstaat zu machen; damals habe jedoch das Eingreifen Englands die französischen Pläne verhindert. Der französische Vorschlag, Deutschland eine Zwei-Milliarden-Zuschüsse zu geben, sei ein ganz natürliches Glied in der Politik Frankreichs, das wohl selbst nur einen kleinen Teil der 2 Milliarden beitrage, aber den ganzen politischen Gewinn habe einbringen wollen. Auch England habe fühlen müssen, daß es von Frankreich abhängig sei.

Man müsse befürchten, daß Frankreich auch in Zukunft mit seiner Geldmacht politische Zugeländnisse zu erzwingen verusche, die es sonst nur durch einen blutigen und teuren Krieg erhalten könne. Die Folge der französischen Machtpolitik sei Grund der riesigen Goldvorräte müsse in einer weiteren Zunahme des Preisfalles und einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise bestehen.

### Snowden kündigt Sparmaßnahmen an.

London, 31. Juli.

Im englischen Unterhaus machte Schatzkanzler Snowden Mitteilungen über die Finanzlage Englands. Snowden erklärte, auch wenn Erparnisse erzielt werden könnten, bleibe die Lage ernst. Immerhin sei Englands Haushalt befriedigender, als der irgendwelchen anderen Länder. Jetzt müßten entweder die Steuern erhöht oder die Ausgaben vermindert werden. Die Regierung ziehe den Bericht der Sparkommission — der eine Herabsetzung der Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung und eine zehnprozentige Gehaltskürzung vorschlägt — ernsthaft in Erwägung. Im übrigen liege die Lage des Londoner Geldmarktes fundamental gesund, und das müßten die fremden Nationen zur Kenntnis nehmen. Zum Schluß erwähnte Snowden erstmals offiziell seine bereits in die Öffentlichkeit gedrungenen Pläne zur Umwandlung der englischen Kriegsanleihe. Angelehnt der Kräfte in Deutschland sind diese Pläne, wie der Schatzkanzler noch bemerkte, vorläufig allerdings zurückgestellt worden.

